

Entwurf

Nachtrag

zum

HAUSHALTSPLAN

DES

LANDES HESSEN

für das Haushaltsjahr 2024

INHALT

| | Seite |
|---|----------|
| Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2023/2024 | 3 |
| Gesamtplan des Haushaltsplans 2023/2024 | 9 |
| I. Gesamtplan für das Jahr 2023 | 10 |
| 1. Gesamterfolgsplan 2023 | 10 |
| 2. Doppischer Finanzplan 2023 | 12 |
| 3. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen 2023 | 13 |
| 4. Ableitung der nach dem Artikel 141-Gesetz maximal zulässigen Nettokreditaufnahme 2023 | 14 |
| 5. Haushaltsübersicht 2023 | 16 |
| II. Gesamtplan für das Jahr 2024 | 18 |
| 1. Gesamterfolgsplan 2024 | 18 |
| 2. Doppischer Finanzplan 2024 | 22 |
| 3. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen 2024 | 23 |
| 4. Ableitung der nach dem Artikel 141-Gesetz maximal zulässigen Nettokreditaufnahme 2024 | 24 |
| 5. Haushaltsübersicht 2024 | 26 |
| Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) (in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2024) | 29 |
| Stellenveränderungsübersicht | 41 |

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2023/2024¹

Vom

Artikel 1

Das Haushaltsgesetz 2023/2024 vom 26. Januar 2023 (GVBl. S. 22) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchst. a wird die Angabe „41 976 616 900“ durch „42 042 236 000“ ersetzt.
 - b) In Buchst. b wird die Angabe „48 053 957 900“ durch „49 232 131 800“ ersetzt.
 - c) In Buchst. c wird die Angabe „46 136 242 300“ durch „49 958 526 400“ ersetzt.
2. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nr. 3 wird die Angabe „vom 27. Juni 2013 (GVBl. S. 454), geändert durch Gesetz vom 24. März 2015 (GVBl. S. 118),“ durch „in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2024 (GVBl. 2024 Nr. 7)“ ersetzt.
 - bb) In Nr. 4 wird die Angabe „Bekanntmachung vom 3. Januar 2022 (BGBl. I S. 14)“ durch „Gesetz vom 4. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2153)“ ersetzt.
 - b) In Abs. 2 wird das Wort „Kunst“ durch die Wörter „Forschung, Kunst und Kultur“ ersetzt.
3. § 6 Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Wörter „Die Staatskanzlei, das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen und das Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ werden durch „Das Ministerium für Digitalisierung und Innovation, das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum und das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat“ ersetzt.
 - b) In Nr. 2 Buchst. b wird die Angabe „2022/648 vom 15. Februar 2022 (ABl. EU Nr. L 119)“ durch „2024/946 vom 18. Januar 2024 (ABl. 2024 L Nr. 946)“ ersetzt.
 - c) Die Angabe „02, 07 und 09“ wird durch „07, 09 und 14“ ersetzt.
4. § 9 wird wie folgt gefasst:

„§ 9 Informationstechnik

Mittel für Zwecke der Informationstechnik, die nicht für Maßnahmen im Rahmen normierter IT-Standards nach dem IT-Standardisierungserlass vom 21. September 2023 (StAnz. S. 1290) eingesetzt werden, können nur mit Zustimmung des Ministeriums für Digitalisierung und Innovation in Anspruch genommen werden.“

¹ Ändert FFN 43-93

5. In § 11 Abs. 9 Satz 3 wird die Angabe „14. Dezember 2021 (GVBl. S. 931)“ durch „29. Juni 2023 (GVBl. S. 456)“ ersetzt.
6. § 16 wird wie folgt gefasst:

„§ 16

Ermittlung der Ex-ante-Konjunkturkomponente und der Basissteuern

Abweichend vom Regelfall des § 5 Abs. 3 und 4 des Artikel 141-Gesetzes vom 26. Juni 2013 (GVBl. S. 447), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. April 2022 (GVBl. S. 184), werden die Ex-ante-Konjunkturkomponente und die Basissteuern wie folgt ermittelt:

1. für das Jahr 2023 auf der Grundlage der Herbstprojektion 2022 sowie der Oktober-Steuerschätzung 2022,
 2. für das Jahr 2024 auf der Grundlage der Herbstprojektion 2023 sowie der Oktober-Steuerschätzung 2023.“
7. Die Anlage erhält die aus dem Anhang ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2024 in Kraft.

Begründung:

A. Allgemeiner Teil

1. Art. 141 und Art. 161 der Hessischen Verfassung

a) Allgemein

Nach Artikel 141 Abs. 1 HV ist der Haushalt ungeachtet der Einnahmen- und Ausgabenverantwortung des Landtags und der Landesregierung grundsätzlich ohne Kredite auszugleichen. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Hessischen Schuldenbremse werden durch das Gesetz zur Ausführung von Artikel 141 der Verfassung des Landes Hessen (Artikel 141-Gesetz) konkretisiert.

Das Gesetz regelt insbesondere das Verfahren zur Berechnung der Obergrenze der jährlichen Nettokreditaufnahme. Hierzu gehören u.a. die Bestimmung der konjunkturellen Verschuldungskomponente sowie die Bereinigung der Einnahmen und Ausgaben um den Saldo der finanziellen Transaktionen und um die Zuführungen zum bzw. die Entnahmen aus dem Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Hessen“. Schließlich sind die Tilgungsverpflichtungen zu berücksichtigen, die sich infolge einer festgestellten Notsituation nach Art. 141 Abs. 4 HV ergeben.

b) Zulässige Nettokreditaufnahme nach dem Artikel 141-Gesetz

Ausgangspunkt für die Ermittlung der zulässigen Nettokreditaufnahme ist die Tilgungsverpflichtung, die aus der in den Jahren 2020 bis 2022 festgestellten Ausnahmesituation nach Art. 141 Abs. 4 HV resultiert. Der Hessische Landtag hat im Rahmen

seines Beschlusses vom 2. Februar 2022 (Drs. 20/7713) festgelegt, dass mit der Tilgung der in diesem Zeitraum aufgenommenen Notlagenkredite ab dem Jahr 2024 mit mindestens 200 Mio. Euro pro Jahr begonnen werden soll.

Zu der Tilgungsverpflichtung hinzu treten die Konjunkturkomponente, der Saldo der finanziellen Transaktionen sowie die Zu- und Abführungen zum Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Hessen“.

Nach § 5 Artikel 141-Gesetz sind die Auswirkungen einer Abweichung von der wirtschaftlichen Normallage auf den Landeshaushalt regelgebunden zu erfassen. Die zu diesem Zweck zu ermittelnde Konjunkturkomponente eröffnet dem Land in konjunkturell schlechten Zeiten einen zusätzlichen Kreditfinanzierungsspielraum und schränkt ihn in konjunkturell guten Zeiten ein.

Die Konjunkturkomponente besteht aus zwei Bestandteilen: Die Ex-ante-Konjunkturkomponente misst nach Maßgabe des auch für den Bundeshaushalt geltenden Konjunkturbereinigungsverfahrens einmalig den Einfluss der Konjunktur auf den Landeshaushalt bei Haushaltsaufstellung. Dieser Wert ist um die Steuerabweichungskomponente zu bereinigen, die aus der Differenz zwischen den Basissteuern und der tatsächlichen Entwicklung der Steuereinnahmen im jeweiligen Jahr resultiert. Bei der Ermittlung der Steuerabweichungskomponente sind zudem etwaige steuerrechtliche Änderungen zu erfassen, deren finanzielle Auswirkungen im jeweiligen Jahr kassenwirksam werden und die noch nicht Bestandteil der Basissteuern waren.

Die Ex-ante-Konjunkturkomponente für den Haushalt 2024 wurde noch auf Basis der Herbstprojektion 2022 ermittelt. Um den zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen angemessen Rechnung zu tragen, erfolgt im Nachtrag 2024 eine Neuberechnung auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Projektion der Bundesregierung vom Oktober 2023 (Herbstprojektion 2023).

Die Festsetzung der Basissteuern erfolgt auf Basis der Ergebnisse der Steuerschätzung vom Oktober 2023, deren Grundlage die Herbstprojektion 2023 der Bundesregierung bildete. Zusätzlich wurden bereits die erwarteten finanziellen Auswirkungen des Wachstumschancengesetzes sowie vom Bund zugesagte zusätzliche Festbeträge für die Länder im Rahmen der vertikalen Umsatzsteuerverteilung berücksichtigt. Auf dieser Grundlage ergeben sich für den Nachtragshaushalt 2024 die folgenden Basissteuern:

Bestimmung der Basissteuern nach § 5 Abs. 4 Artikel 141-Gesetz für das Jahr 2024

- in Mio. Euro -

| | 2024 |
|---|-----------------|
| Steuereinnahmen des Landes Hessen lt. regionalisiertem Ergebnis der Oktober-Steuerschätzung 2023 für das Jahr 2024* | 27.486,6 |
| ./. Finanzausgleichsmasse im Sinne des § 70b Abs. 2 HFAG | 6.761,0 |
| Basissteuern nach § 5 Abs. 4 Artikel 141-Gesetz | 20.725,6 |

* einschließlich der erwarteten finanziellen Auswirkungen des Wachstumschancengesetzes sowie vom Bund zugesagter zusätzlicher Festbeträge im Rahmen der vertikalen Umsatzsteuerverteilung.

Abweichungen durch Runden möglich.

Den Basissteuern in Höhe von 20.725,6 Mio. Euro sind im Rahmen des Nachtragshaushalts 2024 die Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung 2024 gegenüberzustellen. Unter Berücksichtigung der zusätzlich zu erfassenden Steuerrechtsänderungen ergibt die Mai-Steuerschätzung für das Jahr 2024 maßgebliche Steuereinnahmen in Höhe von 20.065,3 Mio. Euro. Daraus resultiert für den Nachtragshaushalt 2024 eine (vorläufige) Steuerabweichungskomponente in Höhe von 660,3 Mio. Euro. Der konjunkturbedingte Kreditfinanzierungsspielraum des Landes im Nachtragshaushalt 2024 erhöht sich entsprechend.

Im Rahmen der finanziellen Transaktionen wird insbesondere die vorgesehene Stärkung des Eigenkapitals der Helaba durch eine Kapitalerhöhung in Höhe von 1,5 Mrd. Euro und die Zeichnung einer sog. AT-1-Anleihe (0,5 Mrd. Euro) erfasst. Nach § 4 Artikel 141-Gesetz ist die Kreditfinanzierung von (werthaltigen) Beteiligungserwerben im Rahmen der Schuldenbremse zulässig.

Unter Berücksichtigung der neuen Konjunkturkomponente sowie der veränderten finanziellen Transaktionen ergibt sich eine zulässige Kreditaufnahmegrenze im Nachtragshaushalt 2024 in Höhe von 3.015,1 Mio. Euro. Zu den Einzelheiten siehe Tz. II.4 des Gesamtplans des Haushaltsplans 2023/2024 in der dem Gesetzentwurf beigefügten Fassung.

Dieser Grenze steht im Entwurf des Nachtragshaushalts 2024 eine Neuverschuldung in Höhe von 2.834,0 Mio. Euro gegenüber. Zu diesem Betrag hinzu tritt die nach § 5 Abs. 1 Artikel 141-Gesetz vorzunehmende vollständige Entnahme aus der bestehenden Konjunkturausgleichsrücklage des Landes in Höhe von 151,7 Mio. Euro. Die zulässige Kreditaufnahmegrenze wird damit um 29,4 Mio. Euro unterschritten, die Regelgrenze für die Kreditaufnahme wird eingehalten.

B. Besonderer Teil

Die Änderungen berücksichtigen die neuen Bezeichnungen der Geschäftsbereiche der Landesregierung. Außerdem werden Gesetzesverweise aktualisiert. Die weiteren Änderungen werden wie folgt begründet:

Zu Art. 1 Nr. 1:

Die geänderten Beträge sind Folge der Änderungen in den Einzelplänen.

Zu Art. 1 Nr. 4:

Die neue Regelung entspricht inhaltlich dem ehemaligen § 9 Abs. 1 HG 2023/2024. Die Regelung im ehemaligen Abs. 2 wird nach Umsetzung der Digitalmaßnahmen in den Epl. 14 nicht mehr benötigt.

Zu Art. 1 Nr. 6:

Die Ex-ante-Konjunkturkomponente für den Haushalt 2024 wurde noch auf Basis der Herbstprojektion 2022 ermittelt. Durch die Neuberechnung auf Basis der Herbstprojektion 2023 wird sichergestellt, dass den zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden kann.

Zu Art. 2:

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Nachtragshaushaltsgesetzes.

Wiesbaden,

Der Hessische Ministerpräsident

Der Hessische Minister der Finanzen

Rhein

Prof. Dr. Lorz

GESAMTPLAN

des Haushaltsplans 2023/2024

I. Gesamtplan für das Jahr 2023

1. Gesamterfolgsplan 2023
2. Doppischer Finanzplan 2023
3. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen 2023
4. Ableitung der nach dem Artikel 141-Gesetz maximal zulässigen Nettokreditaufnahme 2023
5. Haushaltsübersicht 2023

II. Gesamtplan für das Jahr 2024

1. Gesamterfolgsplan 2024
2. Doppischer Finanzplan 2024
3. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen 2024
4. Ableitung der nach dem Artikel 141-Gesetz maximal zulässigen Nettokreditaufnahme 2024
5. Haushaltsübersicht 2024

I.1 Gesamterfolgsplan 2023

Zusammenfassung der Erträge und Aufwendungen der Einzelpläne

| Nr. | VKR | Bezeichnung | Einzelplan | | | | | 06 |
|-------------|----------------------------|---|---------------------|------------------------------|---|------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------------|
| | | | 01 | 02 | 03 | 04 | 05 | |
| | | | Hessischer Landtag | Hessischer Ministerpräsident | Hessisches Ministerium des Innern und für Sport | Hessisches Kultusministerium | Hessisches Ministerium der Justiz | Hessisches Ministerium der Finanzen |
| 1 | 550-557, 559 | Steuererträge und steuerähnliche Erträge | - | - | - | - | - | - |
| 2 | 558 | Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen | - | - | - | - | - | - |
| 3 | 540-543, 580-589, 591 | Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen | - | 6.300.000 | 12.080.300 | 78.562.200 | 2.350.600 | 88.000 |
| 4 | 500-519, 530-531, 548-549 | Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse | 1.826.700 | 1.886.900 | 155.894.900 | 5.177.400 | 636.680.300 | 29.790.400 |
| 5 | 520-529 | Bestandsveränderungen/aktivierte Eigenleistungen | - | - | 801.900 | - | - | - |
| 6 | 533-539, 545-547, 590, 592 | Sonstige Erträge | 517.400 | 56.900 | 11.813.200 | 3.584.300 | 1.722.700 | 1.647.800 |
| 6a | | Erträge aus Verrechnungen | - | 1.878.500 | 724.346.500 | 150.065.400 | 65.301.700 | 99.772.300 |
| 7 | | Summe Erträge | 2.344.100 | 10.122.300 | 904.936.800 | 237.389.300 | 706.055.300 | 131.298.500 |
| 8 | 600-619, 670-691 | Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit | 20.503.500 | 71.228.000 | 957.111.100 | 190.484.100 | 617.338.400 | 277.661.400 |
| 9 | 620-649 | Personalaufwand | 23.307.100 | 64.003.200 | 1.592.687.000 | 4.152.588.500 | 766.399.100 | 609.979.900 |
| 10 | 660-669 | Abschreibungen | 2.417.800 | 2.772.700 | 109.308.000 | 2.332.400 | 118.346.000 | 12.830.100 |
| 11 | 720-729 | Aufwendungen aus Finanzausgleichsbeziehungen | - | - | - | - | - | - |
| 12 | 710-719, 730-739, 780-789 | Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse | 2.012.500 | 213.270.700 | 178.006.500 | 707.418.100 | 17.955.600 | 60.624.700 |
| 13 | 650-659, 692-699, 791 | Sonstige Aufwendungen | 49.561.900 | 1.489.000 | 76.876.400 | 12.835.300 | 5.582.400 | 8.155.000 |
| 13a | | Aufwendungen aus Verrechnungen | 3.381.200 | 8.670.500 | 738.182.100 | 1.679.749.700 | 294.011.400 | 290.450.800 |
| 14 | | Summe Aufwendungen | 101.184.000 | 361.434.100 | 3.652.171.100 | 6.745.408.100 | 1.819.632.900 | 1.259.701.900 |
| 15 | | Verwaltungsergebnis (Saldo 7 und 14) | -98.839.900 | -351.311.800 | -2.747.234.300 | -6.508.018.800 | -1.113.577.600 | -1.128.403.400 |
| 16 | 560-563 | Erträge aus Beteiligungen | - | - | 1.431.000 | - | - | - |
| 17 | 564-569 | Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | - | - | - | - | - | - |
| 18 | 570-579 | Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | - | - | 1.564.500 | 19.700 | 500 | - |
| 19 | 740-749 | Abschreibungen aus Finanzanlagen und Wertpapieren - Umlaufvermögen | - | - | - | - | - | - |
| 20 | 760-769 | Aufwendungen aus Verlustübernahmen | - | - | - | - | - | - |
| 21 | 750-759 | Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 6.291.900 | 131.100 | 16.001.900 | 34.479.500 | 2.788.000 | 4.891.200 |
| 22 | | Finanzergebnis (Saldo 16 bis 21) | -6.291.900 | -131.100 | -13.006.400 | -34.459.800 | -2.787.500 | -4.891.200 |
| 23 | | Ergebnis der Geschäftstätigkeit (Saldo 15 und 22) | -105.131.800 | -351.442.900 | -2.760.240.700 | -6.542.478.600 | -1.116.365.100 | -1.133.294.600 |
| 24 | 700-709, 770-779 | Steuern | 11.400 | 11.100 | 148.000 | 4.900 | 98.200 | 24.000 |
| 25 | | Ergebnis (Saldo 23 und 24) | -105.143.200 | -351.454.000 | -2.760.388.700 | -6.542.483.500 | -1.116.463.300 | -1.133.318.600 |
| nachrichtl. | | Summe Erträge | 2.344.100 | 10.122.300 | 907.932.300 | 237.409.000 | 706.055.800 | 131.298.500 |
| nachrichtl. | | Summe Aufwendungen | 107.487.300 | 361.576.300 | 3.668.321.000 | 6.779.892.500 | 1.822.519.100 | 1.264.617.100 |

Einzelplan

| 07 | 08 | 09 | 10 | 11 | 15 | 17 | 18 | Summe |
|---|---|---|------------------------|---------------------------------|---|-------------------------------------|-------------------------------------|-----------------------|
| Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen | Hessisches Ministerium für Soziales und Integration | Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucher- schutz | Staats- gerichtshof | Hessischer Rech- nungshof | Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst | Allgemeine Finanz- verwaltung | Staatliche Hochbau- maßnahmen | |
| - | - | 24.592.000 | - | - | - | 28.383.450.000 | - | 28.408.042.000 |
| - | - | - | - | - | - | 337.568.400 | - | 337.568.400 |
| 1.538.633.700 | 1.654.879.700 | 122.933.100 | - | - | 644.215.200 | 1.193.099.700 | 17.632.500 | 5.270.775.000 |
| 114.863.700 | 23.868.000 | 219.140.200 | - | - | 21.176.200 | 265.967.000 | 3.824.200 | 1.480.095.900 |
| 11.169.000 | - | - | - | - | - | - | - | 11.970.900 |
| 8.079.500 | 270.000 | 622.200 | - | - | 14.806.400 | 604.691.000 | - | 647.811.400 |
| 13.907.800 | 59.136.700 | 10.098.900 | - | - | 46.836.300 | 3.617.874.800 | - | 4.789.218.900 |
| 1.686.653.700 | 1.738.154.400 | 377.386.400 | - | - | 727.034.100 | 34.402.650.900 | 21.456.700 | 40.945.482.500 |
| 334.363.100 | 72.241.900 | 212.600.400 | 311.800 | 5.118.500 | 105.261.100 | 10.617.000 | 160.127.400 | 3.034.967.700 |
| 335.109.800 | 41.266.500 | 68.050.500 | 554.300 | 18.917.900 | 170.020.800 | 6.417.355.000 | - | 14.260.239.600 |
| 249.660.000 | 423.700 | 4.562.800 | 8.600 | 229.600 | 13.424.200 | - | - | 516.315.900 |
| - | - | - | - | - | - | 7.287.114.100 | - | 7.287.114.100 |
| 2.325.755.800 | 3.050.254.200 | 841.587.600 | - | - | 3.884.875.300 | 2.806.340.400 | 6.970.100 | 14.095.071.500 |
| 6.037.200 | 1.753.100 | 989.200 | 7.000 | 157.600 | 465.500 | -121.334.000 | - | 42.575.600 |
| 73.003.800 | 869.791.900 | 130.278.500 | 269.900 | 4.728.500 | 13.670.900 | 683.950.200 | - | 4.790.139.400 |
| 3.323.929.700 | 4.035.731.300 | 1.258.069.000 | 1.151.600 | 29.152.100 | 4.187.717.800 | 17.084.042.700 | 167.097.500 | 44.026.423.800 |
| -1.637.276.000 | -2.297.576.900 | -880.682.600 | -1.151.600 | -29.152.100 | -3.460.683.700 | 17.318.608.200 | -145.640.800 | -3.080.941.300 |
| - | - | 259.000 | - | - | - | 85.278.700 | - | 86.968.700 |
| - | - | - | - | - | - | 33.560.200 | - | 33.560.200 |
| 1.322.900 | - | 144.400 | - | - | - | 2.867.000 | - | 5.919.000 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 647.500 | 3.000 | 249.900 | - | 114.100 | 39.500 | 3.818.267.200 | - | 3.883.904.800 |
| 675.400 | -3.000 | 153.500 | - | -114.100 | -39.500 | -3.696.561.300 | - | -3.757.456.900 |
| -1.636.600.600 | -2.297.579.900 | -880.529.100 | -1.151.600 | -29.266.200 | -3.460.723.200 | 13.622.046.900 | -145.640.800 | -6.838.398.200 |
| 105.100 | 2.500 | 12.200 | - | 900 | 145.800 | 5.573.600 | - | 6.137.700 |
| -1.636.705.700 | -2.297.582.400 | -880.541.300 | -1.151.600 | -29.267.100 | -3.460.869.000 | 13.616.473.300 | -145.640.800 | -6.844.535.900 |
| 1.687.976.600 | 1.738.154.400 | 377.789.800 | - | - | 727.034.100 | 34.524.356.800 | 21.456.700 | 41.071.930.400 |
| 3.324.682.300 | 4.035.736.800 | 1.258.331.100 | 1.151.600 | 29.267.100 | 4.187.903.100 | 20.907.883.500 | 167.097.500 | 47.916.466.300 |

I.2 Doppischer Finanzplan 2023

| Nr. | Bezeichnung | Mio. EUR |
|-----------|---|--------------------|
| 1 | Einnahmen aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 32.638,6 |
| 2 | Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel | 26.545,0 |
| 3 | Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen und dgl. | 1.024,7 |
| 4 | Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme von Investitionen | 5.068,9 |
| 5 | Ausgaben aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 31.853,8 |
| 6 | Personalausgaben | 12.265,1 |
| 7 | Sächliche Verwaltungsausgaben | 2.756,4 |
| 8 | Zinsausgaben | 788,3 |
| 9 | Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse, Ausnahme für Investitionen | 16.044,0 |
| 10 | Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit | 784,8 |
| 11 | Einnahmen aus Investitionstätigkeit | 1.080,6 |
| 12 | Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen und Darlehensrückflüsse | 30,1 |
| 13 | Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, Beiträge | 1.050,5 |
| 14 | Ausgaben aus Investitionstätigkeit | 3.079,9 |
| 15 | Baumaßnahmen | 443,8 |
| 16 | Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen davon: Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen | 2.636,1 2.250,4 |
| 17 | Saldo aus Investitionstätigkeit | -1.999,3 |
| 18 | Einnahmen aus Finanzierungstätigkeit | 4.953,2 |
| 19 | Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperlichen Zusammenschlüssen | - |
| 20 | Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt | 4.953,2 |
| 21 | Ausgaben aus Finanzierungstätigkeit | 4.742,4 |
| 22 | Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperliche Zusammenschlüsse | 0,0 |
| 23 | Tilgungsausgaben an Kreditmarkt | 4.742,3 |
| 24 | Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Kreditfinanzierung) | 210,9 |
| 25 | Saldo Globale Mehr- und Mindereinnahmen bzw. -ausgaben | 423,8 |
| 26 | Saldo Haushaltstechnische Verrechnungen | - |
| 27 | Zwischensumme Einnahmen und Ausgaben | -579,8 |
| 28 | Saldo Kassenverstärkungskredite | - |
| 29 | Saldo Sonstige zahlungswirksame Buchungen | - |
| 30 | Zahlungswirksame Veränderung des Geldbestandes (Finanzmittelfonds) | -579,8 |
| | Nachrichtlich: Überleitung auf kamerales Jahresergebnis und Ableitung Finanzierungssaldo | - |
| 31 | Saldo Rücklagenbewegungen | 579,8 |
| 32 | Saldo Abwicklung Vorjahre | - |
| 33 | Kamerales Jahresergebnis | - |
| | Finanzierungssaldo | - |
| | Einnahmen | 33.719,2 |
| | (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen, haushaltstechnische Verrechnungen) | |
| | Ausgaben | 34.509,9 |
| | (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags, haushaltstechnische Verrechnungen) | |
| | Finanzierungssaldo | -790,6 |

I.3 Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen 2023

| Epl. | Bezeichnung | Gesamtverpflichtung | VE 2024 | VE 2025 | VE 2026 | VE 2027ff |
|------------------|--|----------------------|----------------------|--------------------|--------------------|----------------------|
| 01 | Hessischer Landtag | 1.250.000 | 350.000 | 300.000 | 300.000 | 300.000 |
| 02 | Hessischer Ministerpräsident | 174.840.600 | 27.563.500 | 32.582.500 | 42.352.500 | 72.342.100 |
| 03 | Hessisches Ministerium des Innern und für Sport | 298.725.200 | 108.625.200 | 97.900.000 | 67.100.000 | 25.100.000 |
| 04 | Hessisches Kultusministerium | 71.010.500 | 27.782.700 | 17.293.200 | 25.934.600 | - |
| 05 | Hessisches Ministerium der Justiz | 3.400.000 | 1.700.000 | 1.700.000 | - | - |
| 06 | Hessisches Ministerium der Finanzen | 1.382.842.000 | 31.256.900 | 20.736.600 | 27.007.100 | 1.303.841.400 |
| 07 | Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen | 767.630.800 | 304.277.900 | 214.771.500 | 144.707.900 | 103.873.500 |
| 08 | Hessisches Ministerium für Soziales und Integration | 194.501.800 | 106.196.000 | 59.396.800 | 18.369.000 | 10.540.000 |
| 09 | Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | 595.413.400 | 90.455.500 | 125.694.700 | 112.160.000 | 267.103.200 |
| 10 | Staatsgerichtshof | - | - | - | - | - |
| 11 | Hessischer Rechnungshof | 2.738.000 | 965.000 | 1.473.000 | 300.000 | - |
| 15 | Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst | 760.243.900 | 153.314.300 | 105.419.200 | 99.759.700 | 401.750.700 |
| 17 | Allgemeine Finanzverwaltung | 559.840.700 | 147.620.700 | 130.400.000 | 110.670.000 | 171.150.000 |
| 18 | Staatliche Hochbaumaßnahmen | 520.584.800 | 254.714.500 | 147.189.100 | 89.106.100 | 29.575.100 |
| Insgesamt | | 5.333.021.700 | 1.254.822.200 | 954.856.600 | 737.766.900 | 2.385.576.000 |

I.4 Ableitung der nach dem Artikel 141-Gesetz maximal zulässigen Nettokreditaufnahme 2023

(Mio. EUR)

Zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme **0**

(Tilgungsverpflichtung für aufgenommene Kredite infolge einer festgestellten Ausnahmesituation nach Artikel 141 Absatz 4 HV)

./. Konjunkturkomponente Hessen **-763,1**
(§ 5 Abs. 3 Artikel 141-Gesetz i.V.m. § 16 HG 2023/2024)

| | | |
|-------------|--|-----------|
| (1) | Produktionslücke (in Mrd. Euro) | -75,6 |
| (2) | Budgetsensitivität der Ländergesamtheit | 0,134 |
| (3) = | | |
| (1) x (2) | Ex-ante-Konjunkturkomponente der Ländergesamtheit (in Mrd. Euro) | -10,13 |
| (4) = | | |
| (4a) / (4b) | Anteil Hessen an Konjunkturkomponente der Länder | 0,075 |
| (4a) | Steuereinnahmen (nach LFA) Hessen im Jahr 2021 | 25.131,3 |
| (4b) | Steuereinnahmen Länder insgesamt im Jahr 2021 | 333.634,3 |

./. Saldo der finanziellen Transaktionen (§ 4 Artikel 141-Gesetz) **-45,7**

| | | |
|-----|--------------------------------------|--------|
| (1) | Einnahmen (Gr. 133, OGr. 17, 18, 31) | +151,1 |
| (2) | Ausgaben (OGr. 58, 83, 85, 86) | -196,8 |

./. Zuführungen zur und Entnahmen aus der Versorgungsrücklage **-180,8**
(§ 1 Abs. 1 Satz 2 Artikel 141-Gesetz)

| | | |
|-----|--|--------|
| (1) | Entnahmen aus dem Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Hessen“ | 0 |
| (2) | Zuführungen zum Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Hessen“ | -180,8 |

= Zulässige Nettokreditaufnahme **989,5**

dagegen:

veranschlagte Nettokreditaufnahme und Konjunkturausgleichsrücklage **974,0**

| | | |
|-----|---|-------|
| (1) | Nettokreditaufnahme (+) / Nettotilgung (-) | 210,9 |
| (2) | Entnahme (+) / Zuführung (-) Konjunkturausgleichsrücklage | 763,1 |

= Unterschreitung der zulässigen Nettokreditaufnahme **15,5**

Abweichungen durch Runden möglich

I.5 Haushaltsübersicht 2023

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

| Einzelplan | Bezeichnung | Steuern und steuerähnliche Abgaben | Eigene Einnahmen | Übertragungseinnahmen | Vermögenswirks. und besondere Finanzierungseinnahmen | Gesamteinnahmen |
|-----------------------|--|------------------------------------|----------------------|-----------------------|--|-----------------------|
| 01 | Hessischer Landtag | - | 1.844.100 | - | - | 1.844.100 |
| 02 | Hessischer Ministerpräsident | - | 1.682.600 | 345.200 | 11.775.000 | 13.802.800 |
| 03 | Hessisches Ministerium des Innern und für Sport | - | 154.751.500 | 23.772.200 | 732.542.500 | 911.066.200 |
| 04 | Hessisches Kultusministerium | - | 5.236.900 | 46.108.200 | 160.065.400 | 211.410.500 |
| 05 | Hessisches Ministerium der Justiz | - | 535.194.900 | 15.272.300 | 65.301.700 | 615.768.900 |
| 06 | Hessisches Ministerium der Finanzen | - | 10.468.900 | 21.032.900 | 104.372.000 | 135.873.800 |
| 07 | Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen | - | 35.279.200 | 1.118.842.600 | 432.517.200 | 1.586.639.000 |
| 08 | Hessisches Ministerium für Soziales und Integration | - | 6.874.300 | 1.672.033.400 | 156.336.700 | 1.835.244.400 |
| 09 | Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | 24.862.000 | 12.952.100 | 59.201.200 | 73.360.000 | 170.375.300 |
| 10 | Staatsgerichtshof | - | - | - | - | - |
| 11 | Hessischer Rechnungshof | - | - | - | - | - |
| 15 | Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst | - | 35.439.500 | 510.217.700 | 184.241.900 | 729.899.100 |
| 17 | Allgemeine Finanzverwaltung | 26.520.100.000 | 255.091.800 | 1.591.873.000 | 9.803.414.800 | 38.170.479.600 |
| 18 | Staatliche Hochbaumaßnahmen | - | - | 10.200.200 | 37.610.000 | 47.810.200 |
| Gesamtergebnis | | 26.544.962.000 | 1.054.815.800 | 5.068.898.900 | 11.761.537.200 | 44.430.213.900 |

| Personal- ausgaben | Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst | Übertragungs- ausgaben | Baumaß- nahmen | Sonstige Investitions- ausgaben | Besondere Finanzierungs- ausgaben | Gesamt- ausgaben | Überschuss (+) Zuschuss (-) |
|-----------------------|--|---------------------------|--------------------|---------------------------------------|---|-----------------------|--------------------------------|
| 57.184.300 | 20.893.200 | 14.653.200 | 45.000 | 2.313.000 | 3.381.200 | 98.469.900 | -96.625.800 |
| 63.707.300 | 71.680.500 | 33.590.800 | - | 84.022.700 | 8.670.500 | 261.671.800 | -247.869.000 |
| 1.569.459.500 | 946.059.000 | 101.411.600 | 6.331.500 | 154.987.000 | 737.802.100 | 3.516.050.700 | -2.604.984.500 |
| 4.048.586.700 | 177.917.700 | 602.950.700 | - | 71.005.000 | 1.679.749.700 | 6.580.209.800 | -6.368.799.300 |
| 773.876.900 | 580.590.900 | 23.119.300 | 11.076.800 | 19.240.300 | 294.011.500 | 1.701.915.700 | -1.086.146.800 |
| 593.087.700 | 280.893.100 | 61.341.000 | - | 10.097.100 | 290.740.800 | 1.236.159.700 | -1.100.285.900 |
| 332.405.500 | 235.956.400 | 1.552.961.900 | 198.990.000 | 673.555.800 | 73.003.800 | 3.066.873.400 | -1.480.234.400 |
| 40.047.700 | 67.631.000 | 2.904.720.200 | - | 81.350.000 | 869.791.900 | 3.963.540.800 | -2.128.296.400 |
| 66.628.600 | 139.252.700 | 350.022.100 | 142.000 | 143.818.400 | 130.518.500 | 830.382.300 | -660.007.000 |
| 561.300 | 313.800 | - | - | - | 269.900 | 1.145.000 | -1.145.000 |
| 18.390.700 | 5.245.800 | 5.000 | - | - | 4.728.500 | 28.370.000 | -28.370.000 |
| 173.250.800 | 105.522.200 | 3.068.580.500 | - | 327.105.700 | 13.670.900 | 3.688.130.100 | -2.958.231.000 |
| 4.527.915.000 | 5.541.010.200 | 7.330.648.200 | - | 1.061.661.400 | 647.839.700 | 19.109.074.500 | 19.061.405.100 |
| - | 114.051.700 | - | 227.198.400 | 6.970.100 | - | 348.220.200 | -300.410.000 |
| 12.265.102.000 | 8.287.018.200 | 16.044.004.500 | 443.783.700 | 2.636.126.500 | 4.754.179.000 | 44.430.213.900 | - |

II.1 Gesamterfolgsplan 2024

| Nr. | VKR | Bezeichnung | Summe |
|-------------|----------------------------------|---|-----------------------|
| 1 | 550-557, 559 | Steuererträge und steuerähnliche Erträge | 28.726.282.000 |
| 2 | 558 | Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen | 270.840.400 |
| 3 | 540-543, 580-589, 591 | Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen | 5.825.100.600 |
| 4 | 500-519, 530-531, 548-549 | Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse | 1.323.243.000 |
| 5 | 520-529 | Bestandsveränderungen/ aktivierte Eigenleistungen | 18.687.300 |
| 6 | 533-539, 545-547, 590, 592 | Sonstige Erträge | 601.702.800 |
| 6a | | Erträge aus Verrechnungen | 5.009.838.200 |
| 7 | | Summe Erträge | 41.775.694.300 |
| 8 | 600-619, 670-691 | Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit | 3.138.723.700 |
| 9 | 620-649 | Personalaufwand | 13.390.995.100 |
| 10 | 660-669 | Abschreibungen | 536.812.700 |
| 11 | 720-729 | Aufwendungen aus Finanzausgleichsbeziehungen | 7.407.848.300 |
| 12 | 710-719, 730-739, 780-789 | Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse | 14.964.820.900 |
| 13 | 650-659, 692-699, 791 | Sonstige Aufwendungen | 209.937.400 |
| 13a | | Aufwendungen aus Verrechnungen | 5.021.506.400 |
| 14 | | Summe Aufwendungen | 44.670.644.500 |
| 15 | | Verwaltungsergebnis (Saldo 7 und 14) | -2.894.950.200 |
| 16 | 560-563 | Erträge aus Beteiligungen | 86.033.700 |
| 17 | 564-569 | Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | 33.560.200 |
| 18 | 570-579 | Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 146.947.800 |
| 19 | 740-749 | Abschreibungen aus Finanzanlagen und Wertpapieren - Umlaufvermögen | – |
| 20 | 760-769 | Aufwendungen aus Verlustübernahmen | – |
| 21 | 750-759 | Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 4.555.343.400 |
| 22 | | Finanzergebnis (Saldo 16 bis 21) | -4.288.801.700 |
| 23 | | Ergebnis der Geschäftstätigkeit (Saldo 15 und 22) | -7.183.751.900 |
| 24 | 700-709, 770-779 | Steuern | 6.143.900 |
| 25 | | Ergebnis (Saldo 23 und 24) | -7.189.895.800 |
| nachrichtl. | | Summe Erträge | 42.042.236.000 |
| | | Summe Aufwendungen | 49.232.131.800 |

| Nr. | Bezeichnung | Einzelplan | | | | | | |
|-----------|---|-----------------------------|--|--|--|---|---|--|
| | | 01 Hessischer Landtag | 02 Hessischer Minister- präsident | 03 Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz | 04 Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen | 05 Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat | 06 Hessisches Ministerium der Finanzen | 07 Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum |
| 1 | Steuererträge und steuerähnliche Erträge | – | – | – | – | – | – | – |
| 2 | Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen | – | – | – | – | – | – | – |
| 3 | Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen | – | – | 23.541.800 | 61.285.000 | 2.350.000 | 6.685.000 | 1.622.369.500 |
| 4 | Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse | 1.826.700 | 1.801.900 | 156.718.300 | 5.177.400 | 654.392.100 | 30.108.400 | 110.891.300 |
| 5 | Bestandsveränderungen/aktivierte Eigenleistungen | – | – | 817.300 | – | – | – | 17.870.000 |
| 6 | Sonstige Erträge | 517.400 | 56.900 | 11.813.200 | 3.525.200 | 1.703.200 | 1.647.800 | 8.079.500 |
| 6a | Erträge aus Verrechnungen | – | 638.300 | 825.142.800 | 147.755.600 | 65.229.400 | 96.813.400 | 7.743.000 |
| 7 | Summe Erträge | 2.344.100 | 2.497.100 | 1.018.033.400 | 217.743.200 | 723.674.700 | 135.254.600 | 1.766.953.300 |
| 8 | Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit | 17.966.100 | 36.817.800 | 1.049.359.700 | 191.928.000 | 602.456.100 | 285.950.000 | 306.118.400 |
| 9 | Personalaufwand | 27.477.700 | 54.454.100 | 1.661.754.800 | 4.325.888.800 | 830.441.700 | 626.425.100 | 346.001.100 |
| 10 | Abschreibungen | 2.476.200 | 2.378.300 | 113.960.900 | 2.434.000 | 119.257.800 | 12.042.600 | 266.378.100 |
| 11 | Aufwendungen aus Finanzausgleichsbeziehungen | – | – | – | – | – | – | – |
| 12 | Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse | 2.012.500 | 22.035.100 | 143.929.800 | 785.337.700 | 17.955.600 | 39.744.600 | 2.425.040.500 |
| 13 | Sonstige Aufwendungen | 56.241.200 | 2.025.100 | 152.237.000 | 309.906.100 | 54.071.000 | 46.009.600 | -17.557.700 |
| 13a | Aufwendungen aus Verrechnungen | 3.382.100 | 6.863.200 | 737.091.100 | 1.682.968.800 | 294.408.200 | 289.955.300 | 85.851.800 |
| 14 | Summe Aufwendungen | 109.555.800 | 124.573.600 | 3.858.333.300 | 7.298.463.400 | 1.918.590.400 | 1.300.127.200 | 3.411.832.200 |
| 15 | Verwaltungsergebnis (Saldo 7 und 14) | -107.211.700 | -122.076.500 | -2.840.299.900 | -7.080.720.200 | -1.194.915.700 | -1.164.872.600 | -1.644.878.900 |
| 16 | Erträge aus Beteiligungen | – | – | – | – | – | – | – |
| 17 | Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | – | – | – | – | – | – | – |
| 18 | Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | – | – | 1.564.500 | 19.700 | 500 | – | 1.322.200 |
| 19 | Abschreibungen aus Finanzanlagen und Wertpapieren - Umlaufvermögen | – | – | – | – | – | – | – |
| 20 | Aufwendungen aus Verlustübernahmen | – | – | – | – | – | – | – |
| 21 | Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 6.291.400 | 103.000 | 19.322.700 | 34.496.000 | 2.970.400 | 5.491.600 | 656.600 |
| 22 | Finanzergebnis (Saldo 16 bis 21) | -6.291.400 | -103.000 | -17.758.200 | -34.476.300 | -2.969.900 | -5.491.600 | 665.600 |
| 23 | Ergebnis der Geschäftstätigkeit (Saldo 15 und 22) | -113.503.100 | -122.179.500 | -2.858.058.100 | -7.115.196.500 | -1.197.885.600 | -1.170.364.200 | -1.644.213.300 |
| 24 | Steuern | 11.400 | 11.100 | 154.400 | 4.900 | 98.200 | 23.800 | 105.100 |
| 25 | Ergebnis (Saldo 23 und 24) | -113.514.500 | -122.190.600 | -2.858.212.500 | -7.115.201.400 | -1.197.983.800 | -1.170.388.000 | -1.644.318.400 |
| | Summe Erträge | 2.344.100 | 2.497.100 | 1.019.597.900 | 217.762.900 | 723.675.200 | 135.254.600 | 1.768.275.500 |
| | Summe Aufwendungen | 115.858.600 | 124.687.700 | 3.877.810.400 | 7.332.964.300 | 1.921.659.000 | 1.305.642.600 | 3.412.593.900 |

| Einzelplan | | | | | | | | |
|--|--|------------------------|----------------------------|--|---|--|-------------------------------------|-------------------------------------|
| 08 | 09 | 10 | 11 | 12 | 14 | 15 | 17 | 18 |
| Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales | Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat | Staats- gerichtshof | Hessischer Rechnungshof | Hessisches Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege | Hessisches Ministerium für Digitali- sierung und Innovation | Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur | Allgemeine Finanz- verwaltung | Staatliche Hochbau- maßnahmen |
| - | 25.732.000 | - | - | - | - | - | 28.700.550.000 | - |
| - | - | - | - | - | - | - | 270.840.400 | - |
| 1.982.908.700 | 99.013.300 | - | - | 188.017.800 | 23.038.400 | 646.374.700 | 1.148.308.200 | 21.208.200 |
| 14.132.000 | 53.323.300 | - | - | - | - | 21.156.200 | 269.950.400 | 3.765.000 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 585.000 | 622.200 | - | - | - | - | 14.806.400 | 558.346.000 | - |
| 46.930.800 | 9.742.200 | - | - | 11.342.300 | - | 45.178.500 | 3.753.321.900 | - |
| 2.044.556.500 | 188.433.000 | - | - | 199.360.100 | 23.038.400 | 727.515.800 | 34.701.316.900 | 24.973.200 |
| 13.208.500 | 179.560.900 | 291.800 | 5.080.500 | 37.004.200 | 129.182.600 | 103.806.400 | 12.871.100 | 167.121.600 |
| 25.084.100 | 69.817.600 | 672.900 | 19.388.400 | 24.425.200 | 19.240.400 | 174.568.200 | 5.185.355.000 | - |
| 319.300 | 3.908.400 | 3.600 | 213.700 | 363.100 | 451.200 | 12.625.500 | - | - |
| - | - | - | - | - | - | - | 7.407.848.300 | - |
| 3.222.426.900 | 592.836.300 | - | - | 696.216.800 | 409.120.200 | 3.439.616.000 | 3.164.566.000 | 3.982.900 |
| -23.834.500 | -5.156.100 | 7.000 | 161.600 | -11.339.600 | -3.267.300 | 5.600.000 | -355.166.000 | - |
| 993.092.300 | 130.158.000 | 176.300 | 4.728.800 | 31.795.000 | 13.120.000 | 13.707.600 | 734.207.900 | - |
| 4.230.296.600 | 971.125.100 | 1.151.600 | 29.573.000 | 778.464.700 | 567.847.100 | 3.749.923.700 | 16.149.682.300 | 171.104.500 |
| -2.185.740.100 | -782.692.100 | -1.151.600 | -29.573.000 | -579.104.600 | -544.808.700 | -3.022.407.900 | 18.551.634.600 | -146.131.300 |
| - | 436.000 | - | - | 1.477.000 | - | - | 84.120.700 | - |
| - | - | - | - | - | - | - | 33.560.200 | - |
| - | 144.400 | - | - | - | - | - | 143.896.500 | - |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 2.100 | 249.800 | - | 114.200 | 10.000 | - | 42.500 | 4.485.593.100 | - |
| -2.100 | 330.600 | - | -114.200 | 1.467.000 | - | -42.500 | -4.224.015.700 | - |
| -2.185.742.200 | -782.361.500 | -1.151.600 | -29.687.200 | -577.637.600 | -544.808.700 | -3.022.450.400 | 14.327.618.900 | -146.131.300 |
| 1.500 | 12.200 | - | 900 | 1.000 | - | 145.800 | 5.573.600 | - |
| -2.185.743.700 | -782.373.700 | -1.151.600 | -29.688.100 | -577.638.600 | -544.808.700 | -3.022.596.200 | 14.322.045.300 | -146.131.300 |
| 2.044.556.500 | 189.013.400 | - | - | 200.837.100 | 23.038.400 | 727.515.800 | 34.962.894.300 | 24.973.200 |
| 4.230.300.200 | 971.387.100 | 1.151.600 | 29.688.100 | 778.475.700 | 567.847.100 | 3.750.112.000 | 20.640.849.000 | 171.104.500 |

II.2 Doppischer Finanzplan 2024

| Nr. | Bezeichnung | Mio. EUR |
|-----------|---|--------------------|
| 1 | Einnahmen aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 33.518,7 |
| 2 | Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel | 26.861,1 |
| 3 | Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen und dgl. | 1.211,7 |
| 4 | Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme von Investitionen | 5.445,9 |
| 5 | Ausgaben aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 34.324,4 |
| 6 | Personalausgaben | 13.398,6 |
| 7 | Sächliche Verwaltungsausgaben | 2.935,2 |
| 8 | Zinsausgaben | 935,6 |
| 9 | Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse, Ausnahme für Investitionen | 17.054,9 |
| 10 | Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit | -805,7 |
| 11 | Einnahmen aus Investitionstätigkeit | 1.095,2 |
| 12 | Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen und Darlehensrückflüsse | 30,1 |
| 13 | Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, Beiträge | 1.065,1 |
| 14 | Ausgaben aus Investitionstätigkeit | 5.406,1 |
| 15 | Baumaßnahmen | 499,3 |
| 16 | Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen davon: Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen | 4.906,8 2.446,9 |
| 17 | Saldo aus Investitionstätigkeit | -4.310,9 |
| 18 | Einnahmen aus Finanzierungstätigkeit | 8.742,1 |
| 19 | Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperlichen Zusammenschlüssen | – |
| 20 | Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt | 8.742,1 |
| 21 | Ausgaben aus Finanzierungstätigkeit | 5.908,1 |
| 22 | Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperliche Zusammenschlüsse | 0,0 |
| 23 | Tilgungsausgaben an Kreditmarkt | 5.908,1 |
| 24 | Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Kreditfinanzierung) | 2.834,0 |
| 25 | Saldo Globale Mehr- und Mindereinnahmen bzw. -ausgaben | 654,4 |
| 26 | Saldo Haushaltstechnische Verrechnungen | – |
| 27 | Zwischensumme Einnahmen und Ausgaben | -1.628,3 |
| 28 | Saldo Kassenverstärkungskredite | – |
| 29 | Saldo Sonstige zahlungswirksame Buchungen | – |
| 30 | Zahlungswirksame Veränderung des Geldbestandes (Finanzmittelfonds) | -1.628,3 |
| | Nachrichtlich: Überleitung auf kamerales Jahresergebnis und Ableitung Finanzierungssaldo | – |
| 31 | Saldo Rücklagenbewegungen | 1.628,3 |
| 32 | Saldo Abwicklung Vorjahre | – |
| 33 | Kamerales Jahresergebnis | – |
| | Einnahmen | 34.613,9 |
| | (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen, haushaltstechnische Verrechnungen) | |
| | Ausgaben | 39.076,1 |
| | (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags, haushaltstechnische Verrechnungen) | |
| | Finanzierungssaldo | -4.462,3 |

II.3 Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen 2024

| Epl. | Bezeichnung | Gesamt- verpflichtung | VE 2025 | VE 2026 | VE 2027 | VE 2028ff |
|------|--|--------------------------|----------------------|--------------------|--------------------|----------------------|
| 01 | Hessischer Landtag | 1.500.000 | 250.000 | 250.000 | 250.000 | 750.000 |
| 02 | Hessischer Ministerpräsident | 13.773.400 | 7.819.000 | 5.518.000 | 288.000 | 148.400 |
| 03 | Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz | 271.985.000 | 109.535.000 | 82.750.000 | 60.100.000 | 19.600.000 |
| 04 | Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen | 74.576.400 | 47.358.800 | 13.608.800 | 13.608.800 | – |
| 05 | Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat | – | – | – | – | – |
| 06 | Hessisches Ministerium der Finanzen | 496.198.000 | 28.922.300 | 11.650.800 | 11.650.800 | 443.974.100 |
| 07 | Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum | 782.310.500 | 308.823.700 | 234.982.600 | 141.543.600 | 96.960.600 |
| 08 | Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales | 181.184.000 | 160.958.000 | 13.676.000 | 4.740.000 | 1.810.000 |
| 09 | Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat | 325.047.500 | 82.727.400 | 69.845.400 | 57.433.100 | 115.041.600 |
| 10 | Staatsgerichtshof | – | – | – | – | – |
| 11 | Hessischer Rechnungshof | 2.434.000 | 974.000 | 1.460.000 | – | – |
| 12 | Hessisches Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege | 80.811.500 | 39.366.500 | 26.441.000 | 12.179.000 | 2.825.000 |
| 14 | Hessisches Ministerium für Digitalisierung und Innovation | 306.746.000 | 58.421.000 | 54.600.000 | 45.375.000 | 148.350.000 |
| 15 | Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur | 185.844.100 | 103.385.700 | 42.869.600 | 20.776.800 | 18.812.000 |
| 17 | Allgemeine Finanzverwaltung | 883.620.700 | 267.000.700 | 187.600.000 | 100.270.000 | 328.750.000 |
| 18 | Staatliche Hochbaumaßnahmen | 402.535.700 | 184.738.800 | 131.633.300 | 65.932.100 | 20.231.500 |
| | Insgesamt | 4.008.566.800 | 1.400.280.900 | 876.885.500 | 534.147.200 | 1.197.253.200 |

II.4 Ableitung der nach dem Artikel 141-Gesetz maximal zulässigen Nettokreditaufnahme 2024

(Mio. EUR)

| | |
|--|-----------------|
| Zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme | -200,0 |
| (Tilgungsverpflichtung für aufgenommene Kredite infolge einer festgestellten Ausnahmesituation nach Artikel 141 Absatz 4 HV) | |
| ./. Konjunkturkomponente Hessen | -1.026,5 |
| 1. Ex-ante-Konjunkturkomponente | -366,2 |
| (§ 5 Abs. 3 Artikel 141 Gesetz i.V.m. § 16 HG) | |
| (1) Produktionslücke (in Mrd. Euro) | -37,9 |
| (2) Budgetsensitivität der Ländergesamtheit | 0,134 |
| (3) = (1) x (2) Ex-ante-Konjunkturkomponente der Ländergesamtheit (in Mrd. Euro) | -5,079 |
| (4) = (4a) / (4b) Anteil Hessen an Konjunkturkomponente der Länder | 0,072 |
| (4a) Steuereinnahmen (nach LFA) Hessen im Jahr 2022 | 26.424,1 |
| (4b) Steuereinnahmen Länder insgesamt im Jahr 2022 | 366.500,2 |
| 2. Steuerabweichungskomponente | -660,3 |
| (§ 5 Abs. 4 Artikel 141 Gesetz i.V.m. § 16 HG) | |
| ./. Saldo der finanziellen Transaktionen (§ 4 Artikel 141-Gesetz) | -2.004,3 |
| (1) Einnahmen (Gr. 133, OGr. 17, 18, 31) | +147,1 |
| (2) Ausgaben (OGr. 58, 83, 85, 86) | -2.151,4 |
| ./. Zuführungen zur und Entnahmen aus der Versorgungsrücklage (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Artikel 141-Gesetz) | -184,4 |
| (1) Entnahmen aus dem Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Hessen“ | 0 |
| (2) Zuführungen zum Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Hessen“ | -184,4 |
| = Zulässige Nettokreditaufnahme | 3.015,1 |
| dagegen: | |
| veranschlagte Nettokreditaufnahme und Konjunkturausgleichsrücklage | 2.985,7 |
| (1) Nettokreditaufnahme (+) / Nettotilgung (-) | 2.834,0 |
| (2) Entnahme (+) / Zuführung (-) Konjunkturausgleichsrücklage | 151,7 |
| = Unterschreitung der zulässigen Nettokreditaufnahme | 29,4 |

Abweichungen durch Runden möglich

II.5 Haushaltsübersicht 2024

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

| Einzelplan | Bezeichnung | Steuern und steuerähnliche Abgaben | Eigene Einnahmen | Übertragungseinnahmen | Vermögenswirks. und besondere Finanzierungseinnahmen | Gesamteinnahmen |
|-----------------------|---|------------------------------------|----------------------|-----------------------|--|-----------------------|
| 01 | Hessischer Landtag | – | 1.844.100 | – | – | 1.844.100 |
| 02 | Hessischer Ministerpräsident | – | 1.597.600 | 345.200 | 1.643.400 | 3.586.200 |
| 03 | Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz | – | 154.534.800 | 35.021.700 | 837.188.800 | 1.026.745.300 |
| 04 | Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen | – | 5.236.900 | 46.108.200 | 157.755.600 | 209.100.700 |
| 05 | Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat | – | 553.176.200 | 15.219.300 | 65.229.400 | 633.624.900 |
| 06 | Hessisches Ministerium der Finanzen | – | 10.370.900 | 28.045.900 | 105.779.900 | 144.196.700 |
| 07 | Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum | – | 60.309.000 | 1.147.701.600 | 468.680.700 | 1.676.691.300 |
| 08 | Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales | – | 3.511.200 | 1.994.114.500 | 85.130.800 | 2.082.756.500 |
| 09 | Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat | 24.912.000 | 13.129.100 | 60.464.500 | 74.689.400 | 173.195.000 |
| 10 | Staatsgerichtshof | – | – | – | – | – |
| 11 | Hessischer Rechnungshof | – | – | – | – | – |
| 12 | Hessisches Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege | – | 4.795.100 | 184.512.700 | 11.619.300 | 200.927.100 |
| 14 | Hessisches Ministerium für Digitalisierung und Innovation | – | – | – | 41.910.800 | 41.910.800 |
| 15 | Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur | – | 37.380.500 | 514.418.000 | 182.717.300 | 734.515.800 |
| 17 | Allgemeine Finanzverwaltung | 26.836.200.000 | 395.863.300 | 1.403.815.400 | 14.337.376.300 | 42.973.255.000 |
| 18 | Staatliche Hochbaumaßnahmen | – | – | 16.125.300 | 40.051.700 | 56.177.000 |
| Gesamtergebnis | | 26.861.112.000 | 1.241.748.700 | 5.445.892.300 | 16.409.773.400 | 49.958.526.400 |

| Personal- ausgaben | Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst | Übertragungs- ausgaben | Baumaß- nahmen | Sonstige Investitions- ausgaben | Besondere Finanzierungs- ausgaben | Gesamt- ausgaben | Überschuss (+) Zuschuss (-) |
|-----------------------|--|---------------------------|--------------------|---------------------------------------|---|-----------------------|--------------------------------|
| 68.019.400 | 18.458.500 | 14.669.100 | – | 1.432.500 | 3.382.100 | 105.961.600 | -104.117.500 |
| 56.493.900 | 37.187.500 | 11.473.600 | – | 256.000 | 5.540.100 | 110.951.100 | -107.364.900 |
| 1.739.133.800 | 1.039.069.600 | 93.384.500 | 6.822.200 | 118.476.100 | 707.629.100 | 3.704.515.300 | -2.677.770.000 |
| 4.545.149.500 | 189.308.500 | 683.040.000 | – | 63.261.600 | 1.657.018.800 | 7.137.778.400 | -6.928.677.700 |
| 885.972.400 | 573.216.900 | 23.174.500 | 3.758.800 | 11.235.200 | 294.408.300 | 1.791.766.100 | -1.158.141.200 |
| 655.137.700 | 288.387.100 | 38.765.900 | – | 15.891.100 | 281.425.300 | 1.279.607.100 | -1.135.410.400 |
| 353.282.300 | 230.479.400 | 1.613.835.900 | 224.990.000 | 746.606.000 | 51.951.800 | 3.221.145.400 | -1.544.454.100 |
| 25.277.500 | 13.075.600 | 3.128.703.300 | – | 80.670.900 | 915.422.100 | 4.163.149.400 | -2.080.392.900 |
| 76.450.500 | 129.205.700 | 362.983.200 | 142.000 | 155.644.400 | 116.228.000 | 840.653.800 | -667.458.800 |
| 679.900 | 293.800 | – | – | – | 176.300 | 1.150.000 | -1.150.000 |
| 18.866.500 | 5.179.700 | 5.000 | – | – | 4.728.800 | 28.780.000 | -28.780.000 |
| 24.371.200 | 33.326.600 | 634.836.300 | – | 68.700.000 | 18.887.200 | 780.121.300 | -579.194.200 |
| 18.019.400 | 135.632.600 | 87.398.800 | – | 110.209.600 | 14.057.100 | 365.317.500 | -323.406.700 |
| 181.727.400 | 101.647.400 | 3.186.674.700 | – | 316.812.100 | 14.821.600 | 3.801.683.200 | -3.067.167.400 |
| 4.750.055.000 | 6.856.381.900 | 7.175.994.900 | – | 3.213.619.500 | 234.207.900 | 22.230.259.200 | 20.742.995.800 |
| – | 128.092.900 | – | 263.611.200 | 3.982.900 | – | 395.687.000 | -339.510.000 |
| 13.398.636.400 | 9.778.943.700 | 17.054.939.700 | 499.324.200 | 4.906.797.900 | 4.319.884.500 | 49.958.526.400 | – |

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen
für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024)**

Vom 26. Januar 2023

(in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2024)

**ERSTER TEIL
Allgemeine Ermächtigungen**

**§ 1
Feststellung des Haushaltsplans**

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 wird festgestellt

1. für das Haushaltsjahr 2023
 - a) mit einem Gesamtbetrag der Erträge von 41 071 930 400 Euro,
 - b) mit einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von 47 916 466 300 Euro sowie
 - c) in Einnahme und Ausgabe auf 44 430 213 900 Euro,
2. für das Haushaltsjahr 2024
 - a) mit einem Gesamtbetrag der Erträge von 42 042 236 000 Euro,
 - b) mit einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von 49 232 131 800 Euro sowie
 - c) in Einnahme und Ausgabe auf 49 958 526 400 Euro.

**§ 2
Kreditaufnahme und -tilgung**

(1) Das Ministerium der Finanzen kann die im Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 vorgesehenen Kredite aufnehmen. Die Kreditaufnahme erfolgt in der Regel in Euro. Die Kreditaufnahme in anderen Währungen ist nur in Verbindung mit einem Währungssicherungsgeschäft zulässig.

(2) Der Zeitpunkt der Kreditaufnahme ist nach der Kassenlage, den jeweiligen Kapitalmarktverhältnissen und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zu bestimmen.

(3) Das Ministerium der Finanzen kann Kredite vorzeitig tilgen und zusätzliche Tilgungsausgaben aus kurzfristigen Krediten leisten. Die Kreditemächtigung nach Abs. 1 erhöht sich entsprechend. Dies gilt auch, wenn kurzfristige Kredite, die für den Ausgleich des vorangegangenen Haushalts erforderlich sind und deren Tilgung nicht im laufenden Haushaltsplan vorgesehen ist, im vorangegangenen oder im laufenden Haushaltsjahr aufgenommen und im laufenden Haushaltsjahr getilgt werden.

(4) Das Ministerium der Finanzen kann im Rahmen der Kreditfinanzierungen Vereinbarungen (Derivate) zum Ausschluss von Währungsrisiken treffen. Zur Vermeidung von Negativzinsrisiken bei bereits vereinbarten Derivaten können im Rahmen der bestehenden Schulden und der laufenden Kreditaufnahme weiterhin Derivate zum Ausschluss dieses Risikos vereinbart werden. Der Bezug eines Derivatgeschäftes auf mehrere Kreditgeschäfte ist zulässig. Das Nominalvolumen aller ausstehenden Derivate darf den Gesamtbestand an Kreditmarktschulden am Ende des vorangegangenen Haushaltsjahres nicht übersteigen. Das Ministerium der Finanzen kann Sicherheiten in Form verzinsten Barmittel stellen sowie entgegennehmen.

§ 3

Kassenkredite

Zur Verstärkung der Betriebsmittel kann das Ministerium der Finanzen kurzfristige Kredite (Kassenkredite) aufnehmen, und zwar

1. im Haushaltsjahr 2023 bis zur Höhe von 8 Prozent des in § 1 Nr. 1 Buchst. c festgestellten Betrages und
2. im Haushaltsjahr 2024 bis zur Höhe von 8 Prozent des in § 1 Nr. 2 Buchst. c festgestellten Betrages.

Über diese Beträge hinaus kann das Ministerium der Finanzen vorübergehend weitere Kassenkredite aufnehmen, soweit es von der Kreditemächtigung nach § 2 Abs. 1 keinen Gebrauch macht. Zusätzlich kann das Ministerium der Finanzen ausschließlich für Zwecke der Stellung von Sicherheiten nach § 2 Abs. 4 Satz 5 kurzfristige Kredite aufnehmen und Geldmarktpapiere mit Laufzeiten bis zu einem Jahr begeben.

§ 4

Übernahme von Garantien und Bürgschaften

(1) Das Ministerium der Finanzen kann in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 Garantien und Bürgschaften übernehmen

1. zur Durchführung dringender volkswirtschaftlich gerechtfertigter Aufgaben bis zum Betrag von jeweils 3 000 000 000 Euro,
2. zur Förderung des Wohnungswesens, des studentischen und altersgerechten Wohnungsbaus und zur Sicherung von Investitionen in Wohngebäuden und Gebäuden mit sozialen Einrichtungen bis zum Betrag von jeweils 120 000 000 Euro,
3. zur Förderung dringender Neu- und Umbaumaßnahmen von Ersatzschulen, die nach § 1 des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2024 (GVBl. 2024 Nr. 7)zuschussberechtigt sind, bis zum Betrag von jeweils 2 500 000 Euro,
4. für den Umgang mit radioaktiven Stoffen nach dem Atomgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2153), bis zum Betrag von jeweils 2 700 000 Euro,
5. zur Sicherung von Investitionen zur Weiterentwicklung der in den Krankenhausplan des Landes Hessen aufgenommenen Krankenhäuser bis zu einem Betrag von jeweils 150 000 000 Euro.

Es kann außerdem Bürgschaften nach Satz 1 Nr. 2, die in früheren Haushaltsjahren für denselben Zweck im Rahmen des festgelegten Bürgschaftsrahmens bewilligt wurden, endgültig übernehmen.

(2) Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur kann in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 zur Absicherung der den hessischen Landes- und Hochschulmuseen, den hessischen Landes- und Hochschulbibliotheken, den Landesausstellungen, den Staatlichen Schlössern und Gärten Hessen, dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen sowie dem Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde überlassenen Leihgaben, an denen ein besonderes Landesinteresse besteht, Garantien bis zur Höhe von insgesamt 300 000 000 Euro übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen. Durch Rückgabe von Leihgaben erloschene Garantien können erneut in Anspruch genommen werden.

§ 5

Haushaltsüberschreitungen, Vorfinanzierungen

(1) Der Betrag nach § 37 Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 der Hessischen Landeshaushaltsordnung wird auf 5 000 000 Euro festgesetzt.

(2) Der Betrag für die nach § 37 Abs. 4 der Hessischen Landeshaushaltsordnung dem Landtag vierteljährlich mitzuteilenden Haushaltsüberschreitungen wird auf 50 000 Euro festgesetzt.

(3) Der Betrag nach § 38 Abs. 1 Satz 3 in Verbindung mit § 37 Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 der Hessischen Landeshaushaltsordnung wird auf 5 000 000 Euro festgesetzt; § 37 Abs. 4 der Hessischen Landeshaushaltsordnung und Abs. 2 gelten entsprechend.

(4) Mit vorheriger Zustimmung des Ministeriums der Finanzen können Zuweisungen der Europäischen Union bei gemeinsam finanzierten Förderprogrammen vorfinanziert werden, wenn entsprechende Förderzusagen der Europäischen Union vorliegen. Gleiches gilt für Zuweisungen des Bundes zum Ausgleich der Belastungen der kommunalen Gebietskörperschaften nach § 46 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und § 46a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch. Hierdurch bedingte, nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckte Mehrausgaben sind als Vorgriffe nach § 37 Abs. 5 der Hessischen Landeshaushaltsordnung nachzuweisen.

ZWEITER TEIL

Bewirtschaftung von Haushaltsermächtigungen

§ 6

Deckungsfähigkeit, Umsetzungen, Übertragbarkeit

(1) In Kapiteln mit Planstellen oder Stellen und Personalaufwendungen können die Gesamtaufwendungen eines Produkts um bis zu 5 Prozent überschritten werden, wenn ein Ausgleich innerhalb des Kapitels sichergestellt werden kann. Der Haushaltsplan kann Abweichendes zulassen.

(2) Werden Planstellen oder Stellen nach § 50 Abs. 2, 3 und 5 der Hessischen Landeshaushaltsordnung umgesetzt, können mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen die zur Finanzierung dieser Planstellen und Stellen erforderlichen Haushaltsermächtigungen umgesetzt werden, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben der aufnehmenden Dienststelle zwingend notwendig ist.

(3) Das Ministerium für Digitalisierung und Innovation, das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum und das Ministerium für Landwirtschaft

und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat können mit vorheriger Zustimmung des Ministeriums der Finanzen

1. Haushaltsermächtigungen in den Bereichen der Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie
2. von den Verordnungen
 - a) (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. EU Nr. L 347 S. 487, 2015 Nr. L 259 S. 40, 2016 Nr. L 130 S. 1, 2016 Nr. L 130 S. 30), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 2022/1033 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2022 (ABl. EU Nr. L 173 S. 34), und
 - b) (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 (ABl. EU Nr. L 435 S. 1), geändert durch Delegierte Verordnung (EU) 2024/946 vom 18. Januar 2024 (ABl 2024 L Nr. 946)

betroffene Haushaltsermächtigungen

in den Einzelplänen 07, 09 und 14 für gegenseitig, Haushaltsermächtigungen in anderen Bereichen zugunsten dieser Bereiche für einseitig deckungsfähig erklären. Sofern zur Umsetzung der Programme mit Förderungen aus den Verordnungen nach Satz 1 Nr. 2 zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen erforderlich werden, können diese mit vorheriger Zustimmung des Ministeriums der Finanzen im notwendigen Umfang eingegangen werden.

(4) Zur Vermeidung von Vorgriffen bei Förderprogrammen können Einnahmen und Erträge von der Europäischen Union innerhalb der Einzelpläne und zwischen Einzelplänen umgesetzt werden.

(5) Aufwendungen und Ausgaben für Förderprogramme sind übertragbar.

(6) Für Rückflüsse von Mitteln, die zur Bewältigung der Folgen der Pandemie durch das Corona-Virus SARS-CoV-2 verausgabt worden sind, findet § 20 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 4 der Hessischen Landeshaushaltsordnung keine Anwendung.

§ 7

Leistungen des Bundes

Haushaltsermächtigungen für Maßnahmen, die eine Leistung des Bundes vorsehen, gelten im gleichen Verhältnis als gesperrt, in dem der Bund seine Leistung mindert; § 41 der Hessischen Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt.

§ 8

Alternative Beschaffungs- und Errichtungsformen, Energieeinsparung

(1) Das Ministerium der Finanzen kann bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit im Haushalt veranschlagte Investitionsmaßnahmen durch alternative Beschaffungs- und Errichtungsformen (wie öffentlich-private Partnerschaften, Leasing- oder ähnliche Verträge) ersetzen und die erforderlichen Verträge schließen oder genehmigen. In diesen Fällen können die veranschlagten Aufwendungen im laufenden Haushaltsjahr bis zur Höhe der vertraglichen Raten überschritten werden; verbleibende Ausgabemittel sind gesperrt.

(2) Das Ministerium der Finanzen kann für Maßnahmen der Energie- und Wassereinsparung Vorfinanzierungen in Anspruch nehmen, wenn die entstehenden Aufwendungen und die Tilgungszahlungen aus den erwarteten Energie- und Wassereinsparungen innerhalb von 75 Prozent der technischen Lebensdauer der Installation refinanziert werden können.

§ 9

Informationstechnik

Mittel für Zwecke der Informationstechnik, die nicht für Maßnahmen im Rahmen normierter IT-Standards nach dem IT-Standardisierungserlass vom 21. September 2023 (StAnz. S. 1290) eingesetzt werden, können nur mit Zustimmung des Ministeriums für Digitalisierung und Innovation in Anspruch genommen werden.

§ 10

Institutionelle Förderungen, Übertragung von Förderprogrammen

(1) Haushaltsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Hessischen Landeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Stelle außerhalb der Landesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, solange ein Haushalts- oder Wirtschaftsplan nicht von dem zuständigen Ministerium und dem Ministerium der Finanzen gebilligt ist. Das Ministerium der Finanzen kann die Sperre aufheben.

(2) Das Ministerium der Finanzen kann, soweit die Haushalts- oder Wirtschaftspläne nicht rechtzeitig zu Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres vorgelegt werden können, in Abschlagszahlungen zur Leistung unabweisbarer Ausgaben einwilligen.

(3) Im Landeshaushalt veranschlagte Förderprogramme können zur Abwicklung auf Externe übertragen werden. Das Ministerium der Finanzen kann hieraus sich ergebende notwendige Anpassungen im Haushaltsvollzug vornehmen.

§ 11

Veräußerung und Überlassung von Vermögensgegenständen

(1) Abweichend von § 63 Abs. 2 der Hessischen Landeshaushaltsordnung kann das Ministerium der Finanzen die Veräußerung zur Erfüllung der Aufgaben des Landes weiterhin benötigter Vermögensgegenstände zulassen, wenn auf diese Weise die Aufgaben des Landes nachweislich wirtschaftlicher erfüllt werden können. § 64 der Hessischen Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt.

(2) Abweichend von § 63 Abs. 3 Satz 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung kann das Ministerium der Finanzen gestatten, dass zur verbilligten Beschaffung von Bauland landeseigene Grundstücke an Gemeinden unter dem Verkehrswert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, dass diese Grundstücke binnen angemessener Frist, die in der Regel fünf Jahre nach Abschluss des Kaufvertrages nicht übersteigen soll, zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaus bebaut werden. Der Einwilligung des Landtags nach § 64 Abs. 2 Satz 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung bedarf es in diesen Fällen nicht. Das Nähere bestimmen Richtlinien des Ministeriums der Finanzen. Unterbleibt die Bebauung, ist das Eigentum an dem Grundstück auf das Land rückzuübertragen. Die hierbei anfallenden Kosten hat die Wiederverkäuferin oder der Wiederverkäufer zu tragen.

(3) Abweichend von § 63 Abs. 3 Satz 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung kann das Ministerium der Finanzen gestatten, dass in Einzelfällen landeseigene Grundstücke in Gebieten, die die Voraussetzungen für die Durchführung von städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen oder von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen nach dem Ersten und dem Zweiten Teil des Zweiten Kapitels des Baugesetzbuches erfüllen, auch ohne eine entsprechende förmliche Festlegung des Gebiets oder der Förderung der Maßnahme zum Grundstückswert an die Gemeinde veräußert werden, wenn sich diese verpflichtet, die beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen auf dem Grundstück innerhalb von fünf Jahren durchzuführen. Bei der Ermittlung des Grundstückswertes bleiben Veränderungen des Wertes, die durch die Sanierungs- oder Entwicklungsmaßnahmen hervorgerufen werden, unberücksichtigt.

(4) Abweichend von § 63 Abs. 3 Satz 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung kann das Ministerium der Finanzen mit Zustimmung des Haushaltsausschusses gestatten,

dass Schloss- und Burgruinen sowie nicht für betriebliche Zwecke benötigte Kulturdenkmäler auf Staatsdomänen unter Wahrung denkmalpflegerischer Belange an Fördervereine, deren Zweck die Trägerschaft und der Erhalt von Kulturdenkmälern ist, oder an Gemeinden unter dem Verkehrswert, mindestens jedoch zu einem Anerkennungsbetrag, veräußert werden.

(5) Abweichend von § 63 Abs. 3 Satz 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung können von staatlichen Einrichtungen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelte oder erworbene Programme unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht.

(6) Abweichend von § 63 Abs. 3 Satz 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung können zur Bewältigung der Folgen der Pandemie durch das Corona-Virus SARS-CoV-2 Vermögensgegenstände verbilligt oder unentgeltlich abgegeben werden.

(7) Abweichend von § 63 Abs. 3 Satz 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung kann das für Provenienzforschung und Restitutionsverfahren zuständige Ministerium

1. Kulturgut, das seinen Eigentümern erwiesenermaßen oder mit hoher Wahrscheinlichkeit NS-verfolgungsbedingt entzogen wurde, insbesondere, wenn dies die „Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz“ empfiehlt, sowie Kulturgüter, die entsprechend der Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz (Gemeinsame Erklärung aus dem Jahre 1999), als NS-verfolgungsbedingt entzogen zu gelten haben, an die ursprünglichen Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger,
2. Sammlungsgut oder andere Objekte, die aus kolonialen Kontexten stammen und nach Würdigung der Gesamtumstände nicht im Landeseigentum verbleiben sollen, insbesondere, weil ihre Aneignung in rechtlich oder ethisch heute nicht mehr vertretbarer Weise erfolgte, an den Herkunftsstaat, an Vertreter der Herkunftsgesellschaft, die ehemals Berechtigten und deren Rechtsnachfolger oder an geeignete Institutionen,
3. Kulturgut, welches im Ersten oder im Zweiten Weltkrieg unrechtmäßig verbracht wurde, an seine ursprünglichen Eigentümer, deren Rechtsnachfolger oder an den Staat, dem es nach Würdigung der Gesamtumstände zuzuordnen ist,

unentgeltlich übertragen. In besonderen Fällen ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich, insbesondere, wenn nach Abschluss der Provenienzforschung zu einem konkreten Fall eine strittige Ausgangslage zwischen den Beteiligten besteht, wenn einer Empfehlung der Beratenden Kommission nicht gefolgt werden soll oder ab einem Wert des gegenständlichen Objekts von 500 000 Euro.

(8) Abweichend von § 63 Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 3 Satz 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung können

1. für die Durchführung von Wahlen Dienstgebäude des Landes den Gemeinden und Landkreisen unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden, sofern diesen keine geeigneten Einrichtungen zur Verfügung stehen,
2. die der Verpflegung der Bediensteten dienenden Kantinenflächen und -einrichtungen den Kantinenbetreibern pachtfrei oder zu Anerkennungsbeiträgen überlassen werden.

(9) Abweichend von § 52 Satz 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass Bedienstete des Landes ihre privaten Elektrofahrzeuge an betrieblichen Ladevorrichtungen des Landes kostenfrei aufladen können. Näheres regelt das Ministerium der Finanzen. § 10 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. I S. 218, 256, 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juni 2023 (GVBl. S. 456), findet keine Anwendung.

(10) Für Mehraufwendungen, die unmittelbar durch Maßnahmen nach den Abs. 2 bis 9 entstehen, findet § 37 Abs. 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung keine Anwendung.

§ 12

Rücklagen nach § 14 Abs. 7 Satz 3 LHO

(1) Beim Land verbleibende Mehreinnahmen aus dem Steueraufkommen sind zur Verminderung des Kreditbedarfs oder zur Bildung von Rücklagen zum Ausgleich von konjunkturbedingten Mindereinnahmen in Folgejahren zu verwenden. Dies gilt nicht für die Auswirkungen von Rechtsänderungen auf die Steuereinnahmen, die zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch nicht bekannt waren und bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres kassenwirksam werden.

(2) Im Rahmen seiner Zustimmung zur Inanspruchnahme von Rücklagen kann das Ministerium der Finanzen eine Überschreitung der im Haushaltsplan veranschlagten Aufwendungen bis zur Höhe der Rücklagenentnahmen zulassen.

DRITTER TEIL

Bewirtschaftung der Planstellen und anderen Stellen

§ 13

Abweichung von Stellenplänen, Verbindlichkeit von Stellenübersichten

(1) Werden polizeidienstunfähige Beamtinnen und Beamte des Polizeivollzugsdienstes, die den gesundheitlichen Anforderungen des Amtes einer anderen Laufbahn genügen, im Dienst des Landes weiterverwendet, so können sie auf einer Planstelle des Eingangsamts einer Laufbahn der jeweiligen Laufbahngruppe geführt werden. Gleiches gilt für Beamtinnen und Beamte des Justizvollzugsdienstes, die im allgemeinen Vollzugsdienst tätig sind. Das Ministerium der Finanzen kann zur Übernahme von polizei- oder justizvollzugsdienstunfähigen Beamtinnen und Beamten vorübergehend Stellen in Planstellen umwandeln.

(2) Die Stellenübersicht für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare bei Kapitel 05 04 sowie die Erläuterungen dazu sind verbindlich.

§ 14

Leerstellen

Das zuständige Ministerium kann Leerstellen nach § 51 Abs. 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung ausbringen für

1. Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter, die unter Wegfall der Dienstbezüge bei einem anderen Dienstherrn verwendet werden oder deren Dienstbezüge von einem anderen Dienstherrn vollständig erstattet werden,
2. Bedienstete, die als Abgeordnete in den Deutschen Bundestag, in den Hessischen Landtag oder in das Europäische Parlament gewählt sind,
3. Bedienstete, die für eine vorübergehende Tätigkeit in öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtungen oder in den Entwicklungsländern beurlaubt oder die der Europäischen Staatsanwaltschaft zugewiesen werden,
4. Beamtinnen und Beamte, die als Richterinnen und Richter kraft Auftrags zu einem hessischen Gericht, und Richterinnen und Richter, die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet werden,
5. Beamtinnen und Beamte, die nach § 64 Abs. 1 Satz 1 oder nach § 65 Abs. 1 des Hessischen Beamtengesetzes, und Richterinnen und Richter, die nach § 7a Abs. 1 Nr. 2 oder § 7b Abs. 1 des Hessischen Richtergesetzes beurlaubt werden,
6. Tarifbeschäftigte, die nach § 28 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen beurlaubt werden,

7. Tarifbeschäftigte, deren Arbeitsverhältnis nach § 33 Abs. 2 Satz 5 und 6 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen wegen der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht,
8. die Dauer der Elternzeit, wenn von der Möglichkeit zur Beschäftigung von Vertretungs- und Aushilfskräften aus besonderen Gründen kein Gebrauch gemacht werden kann,
9. Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter, die durch Beendigung eines Beamtenverhältnisses auf Probe nach § 4 des Hessischen Beamtengesetzes wieder in ihr früheres Amt zurücktreten, wenn keine freie Planstelle dieser Besoldungsgruppe zur Verfügung steht,
10. Bedienstete, deren Dienstverhältnis nach § 40a Abs. 1 und 4 der Hessischen Gemeindeordnung ruht.

VIERTER TEIL

Besondere Regelungen, Überleitungs- und Schlussvorschriften

§ 15

Überleitung, Abfinanzierung

Zur Überleitung auf das neue Haushaltsrecht dürfen in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 zur Abfinanzierung von Verpflichtungen aus Vorjahren veranschlagte liquide Mittel für Neubewilligungen verwendet werden, wenn diese Verpflichtungen entfallen oder nicht entstanden sind. In diesen Fällen und bei Inanspruchnahme ungebundener Ausgabe-reste dürfen die veranschlagten Aufwendungen des Produkts entsprechend überschritten werden.

§ 16

Ermittlung der Ex-ante-Konjunkturkomponente und der Basissteuern

Abweichend vom Regelfall des § 5 Abs. 3 und 4 des Artikel 141-Gesetzes vom 26. Juni 2013 (GVBl. S. 447), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. April 2022 (GVBl. S. 184), werden die Ex-ante-Konjunkturkomponente und die Basissteuern wie folgt ermittelt:

1. für das Jahr 2023 auf der Grundlage der Herbstprojektion 2022 sowie der Oktober-Steuerschätzung 2022,
2. für das Jahr 2024 auf der Grundlage der Herbstprojektion 2023 sowie der Oktober-Steuerschätzung 2023.

§ 17

Abweichungen vom Haushaltsplan

Mit vorheriger Zustimmung des Ministeriums der Finanzen können

1. neue Produkte und neue Leistungen eingerichtet,
2. Mehraufwendungen verursacht, Mehrausgaben geleistet und Verpflichtungen zu Lasten späterer Haushaltsjahre eingegangen werden,

wenn dies zur Abwicklung des bei Kap. 17 02 – Produkt 002 veranschlagten Programms „Hessen steht zusammen“ oder zur zweckentsprechenden Verwendung von Bundesmitteln aus Festbeträgen bei der vertikalen Umsatzsteuerverteilung erforderlich ist.

§ 18

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft.

ÜBERSICHT

über die Stellenveränderungen

Erläuterungen zu den Stellenveränderungen im Nachtrag 2024

I. Stellen nach dem Haushaltsplan 2024

| |
|-----------|
| 163.828,5 |
|-----------|

II. Stellenveränderungen im Nachtrag 2024

| <u>Einzelplan</u> | 01 | 02 | 03 | 04 | 05 | 06 |
|--|------------|----------------|-------------|----------------|---------------|---------------|
| Neue Stellen | 8,0 | 14,0 | 111,0 | 100,0 | | 5,0 |
| Neue Stellen für Referendare, Anwärter und Azubi | | | 50,0 | | | |
| Kostenneutrale neue Stellen | | | | | | |
| Neue Leerstellen | | | | | | |
| Leerstellen nach HG | | 1,0 | 3,0 | | | |
| Stellenumsetzungen (Zugänge) | | | 1,0 | | | |
| Stellenumsetzungen (Abgänge) | | - 131,0 | - 78,0 | | | |
| Weggefallene Stellen | | - 1,5 | - 49,5 | - 203,5 | - 33,0 | - 85,0 |
| Weggefallene Stellen durch Wirksamwerden von kw-Vermerken | | | | | | |
| Weggefallene Leerstellen | | | | | | |
| | 8,0 | - 117,5 | 37,5 | - 103,5 | - 33,0 | - 80,0 |

III. Stellenumsetzungen zwischen Einzelplänen

| <u>nach Epl.</u> | 01 | 02 | 03 | 04 | 05 | 06 |
|------------------|----|----|------------|----|----|----|
| von Epl. 01 | | | | | | |
| 02 | | | 1,0 | | | |
| 03 | | | | | | |
| 04 | | | | | | |
| 05 | | | | | | |
| 06 | | | | | | |
| 07 | | | | | | |
| 08 | | | | | | |
| 09 | | | | | | |
| 12 | | | | | | |
| 14 | | | | | | |
| 15 | | | | | | |
| Zugänge | | | 1,0 | | | |

IV. Stellen nach dem Haushaltsplan 2024

| |
|-----------|
| 163.841,5 |
|-----------|

| <u>Einzelplan</u> | 07 | 08 | 09 | 12 | 14 | 15 | Summe |
|--|---------------|----------------|--------------|--------------|--------------|--------------|----------------|
| Neue Stellen | | 44,5 | 6,0 | 44,5 | 44,0 | 1,0 | 378,0 |
| Neue Stellen für Referendare, Anwärter und Azubi | | | | | | | 50,0 |
| Kostenneutrale neue Stellen | | | | | | | |
| Neue Leerstellen | | 1,0 | | 1,0 | | | 2,0 |
| Leerstellen nach HG | | | | | | 2,0 | 6,0 |
| Stellenumsetzungen (Zugänge) | | | 2,0 | 359,5 | 182,5 | | 545,0 |
| Stellenumsetzungen (Abgänge) | - 2,0 | - 334,0 | | | | | - 545,0 |
| Weggefallene Stellen | - 21,5 | - 2,0 | - 15,0 | - 2,0 | - 1,0 | - 6,0 | - 420,0 |
| Weggefallene Stellen durch Wirksamwerden von kw-Vermerken | | | | | | | |
| Weggefallene Leerstellen | | - 1,0 | | | | - 2,0 | - 3,0 |
| | - 23,5 | - 291,5 | - 7,0 | 403,0 | 225,5 | - 5,0 | 13,0 |

| <u>nach Epl.</u> | 07 | 08 | 09 | 12 | 14 | 15 | Abgänge |
|------------------|-----------|-----------|------------|--------------|--------------|-----------|----------------|
| von Epl. 01 | | | | | | | |
| 02 | | | | | 130,0 | | 131,0 |
| 03 | | | | 25,5 | 52,5 | | 78,0 |
| 04 | | | | | | | |
| 05 | | | | | | | |
| 06 | | | | | | | |
| 07 | | | 2,0 | | | | 2,0 |
| 08 | | | | 334,0 | | | 334,0 |
| 09 | | | | | | | |
| 12 | | | | | | | |
| 14 | | | | | | | |
| 15 | | | | | | | |
| Zugänge | | | 2,0 | 359,5 | 182,5 | | 545,0 |

